

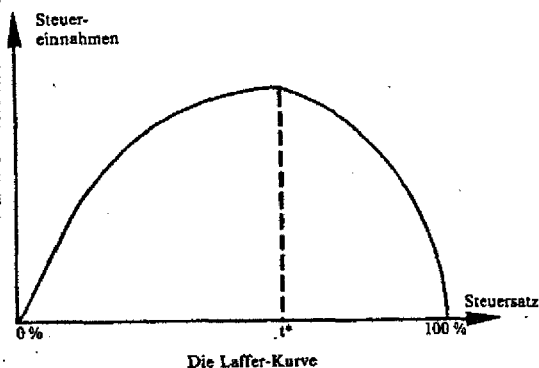
Was ist die Laffer-Kurve?

Eine Schlüsselgrösse der «supply side economics»

Von Prof. Dr. Bruno S. Frey, Universität Zürich

Seit Reagan sein wirtschaftspolitisches Credo verkündet und vor allem seit er als Präsident sein Programm in die Wirklichkeit umzusetzen begonnen hat, wird der Laffer-Kurve grosse Beachtung geschenkt. Diese nach dem amerikanischen Ökonomen Arthur B. Laffer bezeichnete Kurve steht im Mittelpunkt der «Angebots-Ökonomie» (supply side economics), auf die Reagan und sein Team sich stützen.

Hinter der Laffer-Kurve steht eine einfache Idee: Die gesamten Steuereinnahmen sind abhängig von der Steuerbasis (auf gesamtwirt-



schafflicher Ebene kann dafür als Annäherung das Sozialprodukt genommen werden) und dem Steuersatz. Im Extremfall sind die Steuereinnahmen Null, wenn entweder die Steuerbasis oder der Steuersatz Null beträgt. Steuerbasis (Sozialprodukt) und Steuersatz sind miteinander verknüpft. Steigt die Steuerbelastung an, werden sich die Betroffenen bemühen, auf legale oder illegale Weise der Besteuerung zu entgehen. Sie können ihren Arbeitseinsatz vermindern und dafür mehr Freiheit geniessen, oder aber sie können ihre Arbeitskraft auf dem Schwarzmarkt anbieten. In beiden Fällen vermindert sich das offiziell erfasste Sozialprodukt und fallen die Steuereinnahmen. Liegt der Steuersatz noch tief, ist die abschreckende Wirkung auf das Arbeitsangebot gering, so dass eine Erhöhung des Steuersatzes die Steuereinnahmen noch steigern kann. Ist der Steuersatz aber bereits hoch, kann der Leistungsmindernde Effekt überwiegen, und eine Erhöhung des Steuersatzes senkt die Steuereinnahmen. Diese Beziehung zwischen dem Steuersatz (einer Prozentzahl) und den Steuereinnahmen (in Geldeinheiten pro Jahr) ist in der folgenden Graphik wiedergegeben («Laffer-Kurve»).

Aus der Abbildung ist ersichtlich, dass eine Erhöhung des Steuersatzes bis t^* das Steueraufkommen erhöht, danach aber vermindert. Es ist einleuchtend, dass kein Land daran Interesse haben kann, seinen Steuersatz auf mehr als t^* zu erhöhen, weil danach zugleich das Sozialprodukt (die wirtschaftliche Produktion) und die Steuereinnahmen zurückgehen. In der «Angebots-Ökonomie» wird angenommen, dass —

zumindest in den Vereinigten Staaten — die tatsächlichen Steuersätze über dem Niveau von t^* liegen. Aus diesem Grund erhofft sich die Administration Reagan aus der angestrebten Senkung der Steuersätze eine *belebende Wirkung* auf die wirtschaftliche Aktivität und gleichzeitig (nach einer bestimmten Frist) auch eine Zunahme der Steuereinnahmen. Es wird somit erwartet, dass die Vergrößerung des Budgetdefizits infolge der Steuersenkung durch die induzierte Sozialprodukterhöhung kompensiert wird.

Bisher liegen noch kaum Untersuchungen vor, die Aufschluss darüber geben, ob die Erwartungen der «Angebots-Ökonomen» berechtigt sind oder vielmehr einem *Wunschdenken* entspringen. Die Autoren einer umfangreichen OECD-Studie von 1975 sind nach Prüfung der (bis zu diesem Jahr) vorliegenden empirischen Evidenz zum Schluss gekommen, dass die Besteuerung des Arbeitentgeltes *keine* ausgeprägte Wirkung auf das Arbeitsangebot habe. Für Schweden scheinen aber die Verhältnisse — zumindest heute — anders zu liegen. In einer sorgfältig ausgearbeiteten empirischen Untersuchung (von C. E. Stuart; sie erscheint Ende dieses Jahres im «Journal of Political Economy») wird gezeigt, dass die enorm hohe (marginale) Steuerbelastung von gegenwärtig 80% das Arbeitsangebot (in der offiziellen Wirtschaft) wesentlich *vermindert*. Noch 1959 betrug die effektive marginale Belastung nur 50%. Auf Grund eines theoretischen Modells wird errechnet, dass der Steuersatz t^* (vgl. Abb. 1), der das Steueraufkommen maximiert, 69–73% beträgt. Die tatsächliche Steuerbelastung in Schweden ist mit 80% wesentlich höher. Daraus kann geschlossen werden, dass in Schweden eine Verminderung des Steuersatzes sowohl das Sozialprodukt als auch die Steuereinnahmen *steigern* würde. Zumindest für dieses Land scheint somit die für die «Angebots-Ökonomie» grundlegende Annahme zu gelten.

Der Verlauf der Laffer-Kurve kann für jedes Land und für jede Periode einen *unterschiedlichen* Verlauf aufweisen. Aus diesem Grunde sollten aus der empirischen Untersuchung für Schweden keine vorschnellen wirtschaftspolitischen Folgerungen gezogen werden. Immerhin zeigt die erwähnte Untersuchung, dass der abnehmende Teil der Laffer-Kurve nicht bloss ein theoretisches Konstrukt ist, sondern in Ländern mit hoher Steuerbelastung wie Schweden, England und möglicherweise auch den Vereinigten Staaten empirisch relevant ist. Bis weitere Ergebnisse vorliegen, besteht auch Grund zur Vermutung, dass in Ländern mit einem Grenzsteuersatz von *weniger als 50–60%* für «repräsentative» Einkommensbezieher die negativen Anreizwirkungen der Besteuerung nicht allzu hoch angesetzt werden sollten. In Ländern, für die dies zutrifft, sollte die Diskussion um die Laffer-Kurve aber eine Warnung sein, die *Steuerbelastung nicht zu übertreiben*.